Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 8,— M., monatl. 35,— M., vorauszahlbar frei ins Haus.
Für Abholer 30,— M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 60 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 1,— M.

Hamburger Echo

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 9,— M., unter Ausschluß der „Geschäftlichen Rundschau“.
Arbeitsmarkt und private Familienanzeigen 4,— M.
Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 5,— M.
Reklamezeile 45,— M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 194. Mittwoch, den 26. April 1922 — Abend-Ausgabe. 36. Jahrgang.

Französische Haßgesänge.

„Zur Stunde ist eine Aktion gegen Deutschland noch kostenlos und schmerzlos, nämlich ohne Krieg, möglich. Deutschland ist vom politischen und militärischen Standpunkt aus noch ohnmächtig. Das weiß es auch, aber wenn Frankreich die Dinge von einem Tag auf den anderen verschiebt, was wird dann an dem Tage geschehen, wo es sich mit erschöpften Finanzen endlich doch entschließen wird, sich seine Reparationen zu holen? Alle deutschen Kinder haben in der Schule eine Geschichte gelernt: Im Mittelalter hätten die siegreichen Ungarn die Deutschen gezwungen, ihnen Tribut zu zahlen. Im siebten Jahre habe der deutsche Kaiser als Tribut einen räudigen Hund geschickt. Da hätten sich die Ungarn entschlossen, in Deutschland einzurücken; aber in den sieben Jahren hätte sich Deutschland von seiner Niederlage erholt, und diesmal seien die Ungarn geschlagen worden. — Denken wir also daran, daß am 31. Mai bereits 3½ Jahre seit dem Waffenstillstand verflossen sind.“

So schreibt „Liberté“ (zu deutsch: Die Freiheit), ein französisches Blatt, das die Stimmungen und Wünsche der nationalistischen Kreise Frankreichs noch um einige Grade erhitzter wiedergibt, als es der Präsident Poincaré in seinen offiziellen Reden und Noten tut. Für uns Deutsche liegt kein Anlaß vor, diesem Ueberkochen der chauvinistischen Volksseele übertriebene Bedeutung beizulegen, wir dürfen aber auch nicht achtlos daran vorübergehen. Heizen die Hetzer zu neuem Krieg doch hüben wie drüben ihren Hexenkessel mit Kloben von demselben Holz. Was „Liberté“ vom deutschen Geschichtsunterricht erzählt, findet sein Gegenstück in so mancher Historie, mit der bei uns der unausrottbare Revanchegeist des „Erbfeinds“ illustriert wird. Es ist aber mehr als lächerlich, dem heutigen deutschen Volke die gleiche Gesinnung andichten zu wollen, die im Mittelalter geherrscht haben mag, wobei übrigens angemerkt werden muß, daß zu jener Zeit der Ungarnkriege Deutschland sein Gebiet westlich bis weit hinein ins heutige Frankreich erstreckte, unter anderm auch die lothringische Heimat des Herrn Poincaré mit umfassend, so daß es einigermaßen gewagt erscheint, wenn heute ein französisches Blatt mit derartigen Geschichtsmärchen operiert.

Es ist das Unglück des heutigen Frankreichs, daß es seine Blicke nicht mehr von der Vergangenheit loszureißen vermag. Es lebt nur noch vom Ruhme seiner verschollenen Siege und in der Furcht vor zukünftigen Niederlagen. Und diese Furcht macht es blind sowohl für die Gefahren wie für die Rettungsmöglichkeiten der Gegenwart. Die 3½ Jahre, die nach der Meinung der „Liberté“ nicht genügend ausgenutzt worden sind, um Deutschland völlig wehrlos und tributpflichtig zu machen, sind in Wahrheit eine einzige große verpaßte Gelegenheit, zwischen Frankreich und Deutschland die Streitaxt für immer zu begraben. Das republikanische Deutschland hätte mit keinem anderen Staate lieber zuerst einen wahrhaften Versöhnungsfrieden geschlossen als mit dem republikanischen Frankreich, das unserer politischen Neuordnung noch in so manchem Stück Vorbild gewesen ist. Aber der Geist, der heute Frankreich regiert, machte solchen Versöhnungsfrieden unmöglich.

Heute stehen die Dinge so, daß Frankreich durch seinen Reparationswahnsinn das deutsche Volk, das in seinen breiten werktätigen Schichten durchaus bereit war, freiwillig am Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete mitzuhelfen, zum Bündnis mit Rußland treibt. Und damit beschwört es die Gefahr gegen sich herauf, die Lloyd George deutlich genug an die Wand der Konferenz in Genua gemalt hat. Siegt in Frankreich der Wahngedanke, daß es nur mit Gewalt seine Reparationen von Deutschland eintreiben kann, so bereitet es damit den neuen Krieg vor, in dem es allein stehen wird als der Friedensstörer Europas, und aus dem ihm keine neue Wiederherstellung mehr erblühen wird.

Wir können als grundsätzliche Gegner des Krieges nur den einen Wunsch hegen, daß es Poincaré und seiner Anhängerschaft nicht gelingen möge, Frankreich und mit ihm Europa in solches neues Verderben hineinzureißen. Noch sieht es ja durchaus nicht so aus, als ob den Worten der französischen Reparationsprediger so bald irgendwelche Taten folgen werden. Und in Deutschland ist es keineswegs nur die materielle Wehrlosigkeit, sondern weit mehr der ehrliche Wille zum Frieden, der es nicht zu herausfordernden Gegenaktionen kommen läßt.

Gerade in diesen Tagen, wo sich nach dem Mißerfolg von Genua noch einmal chaotische Zustände in Europa zu entwickeln drohen, ist es von größter Bedeutung, daß an der Spitze des Deutschen Reiches nicht ein in der gleichen nationalistischen Wolle wie Poincaré gefärbter Rachekriegprediger steht, sondern ein Mann von dem gefestigten, unbedingt zuverlässigen und besonnenen Charakter Friedrich Eberts, der gestern einen Empfang der in Berlin weilenden Rheinländer vom Kölner Männergesangverein dazu benutzt hat, die unzerstörbare Treue des deutschen Volkes zu seinem Land vor aller Welt zu betonen. Möge sich das nationalistische Frankreich auch durch diese Rede gesagt sein lassen, daß keine Drohung mit neuer Bedrückung den Zusammenhalt Deutschlands erschüttern kann, sondern ihn nur fester schmiedet und somit genau das Gegenteil von dem erreicht, was den französischen Reparationsrednern vorschwebt.

Lloyd Georges Gegenoffensive.

Eine Botschaft an England.

WTB. London, 25. April. Die Abendblätter veröffentlichen folgende Meldung: Lloyd George sagt in einer aus Genua an England gerichteten Botschaft, die Rede Poincarés sei eine sehr ernste Erklärung; sie sei nicht danach angetan, das Zusammenarbeiten unter den Alliierten zu bessern. Großbritannien sei aber entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde.

*

Der letztere Gedanke ist es auch, der die Erklärungen beherrscht, die Lloyd George, wie schon im Morgenblatt gemeldet, seinen Staatssekretär gestern in Genua abgeben ließ. Ein Spezialbericht des WTB. meldet noch davon:

Der politische Sekretär Lloyd Georges, Sir Edward Grigg, gab englischen und amerikanischen Pressevertretern gegenüber eine Erklärung ab, in der er über die Rede Poincarés sagte:

„Alles, was Poincaré über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit der Alliierten gesagt hat, findet unsere herzliche Zustimmung. Der einzige Kommentar, der in diesem Augenblick gemacht werden muß, ist der, daß die Rede ohne vorherige Beratung mit den Alliierten gehalten worden ist. Die Worte des französischen Ministerpräsidenten, daß

Frankreich eine Aktion innerhalb Deutschlands unternehmen

würde, ob sich die Alliierten nun daran beteiligten oder nicht, sind in keiner Weise geeignet, unsere Zusammenarbeit zu sichern. Die französische öffentliche Meinung ist besorgt und aufgeregt über das russisch-deutsche Abkommen. Dieser Umstand übt seine Rückwirkung auf die Konferenz aus. Die französische öffentliche Meinung ist davon überzeugt, daß das russisch-deutsche Abkommen in der einen oder andern Weise das Ergebnis der Genueser Konferenz ist. Dieser Gedanke ist in Frankreich durch falsche Darstellungen in der britischen und französischen Presse genährt worden, die die Franzosen dazu gebracht haben, zu glauben, daß Großbritannien eine Politik der Verhandlungen mit Rußland verfolge, die den französischen Interessen widerspricht.“ Grigg erklärte die Meldung der „Daily Mail“, Lloyd George habe eine geheime Zusammenkunft mit Krassin gehabt und ihm zugesagt, Großbritannien sei bereit, alle russischen Kriegsschulden zu annullieren, für vollständig unwahr. Lloyd George habe niemals eine geheime Besprechung mit Krassin gehabt; er habe die russischen Delegierten niemals außer in Gemeinschaft mit seinen Kollegen gesprochen. Grigg fügte hinzu: „Wir hegen keine Besorgnis vor einer deutschen oder russischen Bedrohung in Europa. Wenn Deutschland und Rußland isoliert sind, dann muß allerdings zwischen ihnen eine enge Freundschaft entstehen.

Die britische Regierung ist entschlossen, die beiden Länder davor zu bewahren, auf die Schlachtbank geführt zu werden.

Wir wollen eine offene, gemeinsame Politik gegenüber Rußland. Allerdings, sagte Grigg, mache die Haltung Rußlands eine Regelung schwierig. Man könne sich schließlich nicht auf ein unendliches Schachern nach orientalischer Manier einlassen.

*

Dem Reuterschen Bureau wird aus Genua gemeldet: Nach Ansicht britischer amtlicher Kreise hat Poincaré eine sehr ernste Erklärung abgegeben, deretwegen die Alliierten nicht befragt worden sind. Aber was Poincaré über ein Zusammenwirken der Alliierten gesagt hat, wird jedoch durchaus gebilligt. Lloyd George hat das britische Publikum aufgefordert, sich nicht auf Zeitungsmeldungen zu verlassen; über diese werde er sich im Parlament äußern.

Die Abendblätter melden, daß anläßlich der Rede Poincarés die Möglichkeit, daß sich Frankreich von der Genueser Konferenz zurückziehe, in Genua und London eifrig erörtert werde. Wenn dieser Fall eintreten sollte, so würde Lloyd George nach London zurückfahren und das Parlament um Unterstützung ersuchen. Die Genueser Konferenz würde dann vermutlich fortgesetzt werden; es sei aber nicht wahrscheinlich, daß Lloyd George diese Frage durch Neuwahlen entscheiden lassen wolle.

*

Ein Friedensblock als Endergebnis?

Die „Vossische“ meldete heute morgen aus Genua:

Die Besprechungen der Mächte befaßten sich weiter mit der Formulierung der Resolution über den zehnjährigen europäischen Frieden. Eine Einigung über den Wortlaut konnte noch nicht erzielt werden. Die Beratungen darüber sollen fortgesetzt werden.

Frankreich ist von den Bemühungen, ein derartiges Ergebnis in Genua noch zustande zu bringen, nicht entzückt. Seine Presse wendet sich bereits mit allerlei Einwendungen gegen den Plan, der von Lloyd George und Benesch in erster Linie getragen zu werden scheint.

Ueber den Stand der Verhandlungen, die seit gestern vormittag in Genua über den Abschluß eines allgemeinen europäischen Paktes geführt werden, wird dem „Petit Parisien“ gemeldet, daß der englische Justitiar Hurst dem französischen Justitiar Fromageot die Skizze einer Konvention übermittelte; danach handelt es sich um eine Uebertragung des Washingtoner Vierervertrages. — Der Text beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu stärken und die Entwaffnung zu erleichtern. In zwei Artikeln werde bestimmt, daß sich die unterzeichnenden Nationen verpflichten, einander nicht anzugreifen. Im Falle einer Verletzung des Abkommens sollen die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen setzen, um den Frieden wieder herzustellen. — Das Dokument enthalte keinerlei Sanktionen, es scheine vielmehr durch seine Ungenauigkeit diejenigen zu ermutigen, die eine Revision der Verträge wünschen. Der Entwurf sei in dem Gedanken an die öffentliche Meinung Amerikas aufgestellt, die sich nur schlecht Rechenschaft ablegen könne von den „Bedrohungen, die auf gewissen europäischen Staaten lasten“. Man könne deshalb ohne Demagogie in diesen Entwurf nicht ein Wort der Entwaffnung einführen (!); höchstens könne man die Herabsetzung der Rüstungen als wünschenswert bezeichnen. Es sei ferner wesentlich, daß die Konvention nicht vollkommen der Aufrechterhaltung der Friedensverträge und der Anwendung der internationalen Verpflichtungen zuwiderlaufe. Die bedeutsamste Abänderung sei die, die sich auf die Nationen beziehe, die frei sein müßten, Gruppen zu bilden, sollte das Abkommen verletzt werden. Die Festsetzung werde den Abschluß eines beschränkten Paktes unter den Staaten der kleinen Entente oder eines mit Sanktionen versehenen Paktes zwischen der kleinen Entente, Polen, Frankreich, Belgien und zweifelsohne auch Italien, nicht verhindern. Hier erscheine also der Gedanke eines alliierten Blocks.

Der Berichterstatter glaubt deshalb, daß kein allgemeiner Pakt ohne den hier gekennzeichneten kontinentalen abgeschlossen werde und daß dieser letztere nicht ohne einen französisch-britischen Pakt möglich sei. Damit meint er die friedliche Alliance für Europa schaffen zu können, deren Hauptstütze naturgemäß Frankreich sein müsse.

Der „Matin“-Vertreter in Genua sieht die Dinge etwas anders. Die Bemühungen des sächsischen Ministerpräsidenten, der über diesen Pakt verhandle, dürften dahin gehen, daß durch den Vertrag ein Angriff als auch Propaganda für eine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Nachbarstaaten verhindert werden sollen. Selbst der Gedanke, Rußland und Deutschland zum Anschluß aufzufordern, werde von Benesch erwogen. Deutschland werde dabei als Bedingung stellen, daß Frankreich sich alle militärischen Sanktionen zur Ausführung des Vertrages enthalte. Dagegen erhalte Frankreich für die Ausführung der Verträge die restlose Unterstützung Europas und die Möglichkeit ausgedehnter wirtschaftlicher Sanktionen.

*

Noch ein Geschütz gegen Poincaré?

WTB. London, 26. April. „Daily Expreß“ meldet aus Riga, Lenin werde dort innerhalb einer Woche erwartet. Er wolle nach Genua, um dort seinen Einfluß geltend zu machen, damit ein Zusammenbruch der Konferenz verhindert werde.

Rußland und Polen.

Eine Note Tschitscherins.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo“.)

SPD. Genua, 26. April.

Die Lage erscheint nicht hoffnungerweckend. Die Rede Poincarés und die Antwort des Staatssekretärs von Lloyd George haben das Verhältnis zwischen der französischen und der englischen Delegation vorübergehend gespannt. Deutschland kann in dieser Situation, wo Rede gegen Rede steht, ohne daß bereits eine Auswirkung erfolgt ist, nur äußerste Zurückhaltung üben. Es ist deshalb anerkennenswert, daß der Reichskanzler Dr. Wirth die für gestern abend vor deutschen Journalisten geplante Antwort auf die Rede Poincarés zurückstellte und sich mit einer kurzen Erklärung zufrieden gab, die entgegen französischen Behauptungen feststellt, daß der deutsch-russische Vertrag ganz der Oeffentlichkeit übergeben sei und keinerlei Geheimnisse militärischen und politischen Charakters verborgen werden. Den Vertrag an sich bezeichnet Wirth als das erste Friedensdokument zwischen zwei Völkern, die gegeneinander in blutigem Ringen gestanden haben. Dem ehrlichen Wunsche des Reichskanzlers, daß diesem Friedensdokument bald ein Vertrag zwischen der Entente und Rußland folgen möge, kann man sich nur anschließen.

Die gestrige Sitzung der Sachverständigen der Ententestaaten, die unter Ausschluß Rußlands stattfand, hat lediglich das Ergebnis gehabt, daß man vorläufig von einem ultimativen Vorgehen gegen Rußland absehen will. Die Einigungsversuche unter den Alliierten, die gestern bis in die späten Abendstunden dauerten und der Aufstellung von Fragen an die Russen galten, sollen heute fortgesetzt werden. Zwischendurch sind diese oder jene Drohungen auf indirektem Wege den Russen als Anlaß zum Nachgeben übermittelt worden, ohne daß man sich von diesem Manöver selbst Erfolge verspräche. Das geht aus der neuen Note Tschitscherins an die Polen hervor. Aus Sympathie zu Frankreich hatte bekanntlich auch die polnische Delegation die jüngste Note an den Reichskanzler nicht unterzeichnet. Tschitscherin beweist den Herren, die sich das Recht der Vertragsannullierung gleichfalls vorbehielten, indirekt, daß sie selbst allen Anlaß zum Schweigen haben und sich zunächst an die eigene Nase fassen sollen, bevor sie Ansprüche erheben auf Rechte, die sie selbst verletzten. — Tschitscherin sagte in seiner Note:

„Im Hinblick auf die Note, die einige Delegationen am 18. April an die deutsche Delegation richteten, ebenso wie im Hinblick auf das Antwortschreiben, das die gleichen Delegationen auf den Brief des deutschen Reichskanzlers am 22. April absandten, erlaube ich mir, folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Wenn die russische Delegation auch die Frage ganz beiseite lassen will, welches die Gründe sind, die die unterzeichneten Mächte bewogen haben, Deutschland aufzufordern, sich nicht mehr an der Diskussion über alle Fragen zu beteiligen, die sich auf Rußland beziehen, möchte ich bemerken, daß unter diesen Umständen auch Polen gezwungen wäre, sich nicht an der Diskussion über die russischen Fragen zu beteiligen, da es mit Rußland in Riga am 18. April einen Vertrag abgeschlossen hat, er alle jene Formen berührt, die die Mächte interessieren, aber noch konkreter und differenzierter gefaßt ist, als der Rapallovertrag. Gleichzeitig kann ich nicht umhin, zu bemerken, wie merkwürdig es ist, wenn ein Staat, der Rußland ohne Einschränkung anerkannt hat und Verträge mit ihm abschloß, einen Schritt unternimmt, diesem Staat das Recht zu verwehren, einen Vertrag mit einem anderen Staat abzuschließen. Dieser Schritt muß als ein Attentat auf die Souveränität der Sowjetregierung, als eine grobe Verletzung des Rigaer Vertrages angesehen werden, wie auch als eine Verletzung des Vertrages, der zwischen den Staaten Lettland, Esthland usw. abgeschlossen wurde, und in dem Polen sich verpflichtet, in Genua mit den Vertragspartnern gemeinsam zu handeln, und sich insbesondere für die Anerkennung Rußlands einzusetzen. Der Umstand, daß Polen, das weder der großen noch der kleinen Entente angehört, aber mit Rußland durch einen Vertrag verbunden ist, sich das Recht nimmt, den mit Rußland abgeschlossenen Vertrag im ganzen oder allgemeinen nicht anzuerkennen, müßte nun auch Rußland das Recht geben, Verträge nicht anzuerkennen, die Polen mit einem andern Staat abschließt, soweit diese Verträge nicht genehm sind. Nichtsdestoweniger will die russische Regierung betonen, daß sie nicht auf dem von Polen beschrittenen Wege fortfahren will, betont aber jedenfalls ausdrücklich, daß die Gültigkeit eines von Rußland abgeschlossenen Vertrages in keinem Falle von der Anerkennung und der Nichtanerkennung einer dritten Macht abhängt.“

Dieser Note ist nur formelle Bedeutung beizumessen, da sie den Gang der Konferenz keineswegs irgendwie beeinflussen wird.

In einer gemeinsamen Sitzung der drei sozialistischen regierenden Parteien Sachsens wurde zu dem von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingeleiteten Volksbegehren auf Auflösung des Landtages beschlossen, heute eine Erklärung zu veröffentlichen, daß sich die Linksparteien von der Rechten den Zeitpunkt der Landtagsauflösung nicht vorschreiben lassen.

Das Hessische Landesamt für das Bildungswesen hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach der Schulunterricht am 1. Mai in Hessen ausfällt.

Stand des Dollars (vorbörslich) 273.

Weltvaluta und Eisenbahnverkehr.

WTB. Genua, 25. April. In der heutigen Sitzung des Sonderausschusses, der die aus den Währungsschwankungen und den Währungsunterschieden in den verschiedenen Ländern für den Eisenbahnverkehr sich ergebenden Schwierigkeiten erörtert, wurde nach längeren Ausführungen der Finanzsachverständigen festgestellt, daß der Ausschuß nicht imstande sei, das Währungsproblem zu lösen; es müsse vielmehr der im Artikel 5 des Resolutionsvorschlages vorgesehenen technischen Konferenz der Eisenbahnverwaltungen überlassen werden, eine für die Praxis erträgliche Lösung zu suchen. Demgemäß wurde von der ersten Unterkommission der Beschluß gefaßt, im Artikel 5 des Resolutionsvorschlages die Währungsfrage als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben für die demnächst einzuberufende technische Konferenz der Eisenbahnverwaltungen ausdrücklich anzuführen. Zu Artikel 6 gab Staatssekretär Stieler im Namen der deutschen Regierung die Erklärung ab, daß die im Resolutionsvorschlage vorgesehene Fassung nicht annehmbar erscheine. Er machte den Vorschlag, den Artikel wie folgt zu fassen: „Sofern es angezeigt erscheinen sollte, daß die beteiligten Regierungen die Fortschritte überwachen, die in der Durchführung der in den vorstehenden Artikeln vorgesehenen Maßnahmen von den einzelnen Staaten gemacht werden, die Vertreter der beteiligten Staaten unter voller Gleichberechtigung in Genf zusammentreten, um von den technischen Einrichtungen des Völkerbundes Gebrauch machen zu können.“ Der deutsche Gegenvorschlag fand keine Annahme, jedoch wurde auf Vorschlag des ungarischen Vertreters noch eine Aenderung des Textes des Resolutionsvorschlages in dem Sinne vorgenommen, daß die Vertreter der nicht am Völkerbunde beteiligten Staaten volle Gleichberechtigung mit den den technischen Organen des Völkerbundes angehörigen Vertretern genießen sollten. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und die Aufgabe der ersten Kommission als beendet erklärt.

Frankreich gegen die Einigung mit den Russen.

WTB. Paris, 26. April. (Havasmeldung.) In politischen Kreisen hat man immer mehr den Eindruck, daß man in Genua nicht zu einem Einvernehmen mit den Sowjets kommen könnte, wenigstens soweit die französische Delegation in Frage kommt. Man bemerkt in dieser Hinsicht, daß die Entschließungen der an der Konferenz beteiligten Mächte nicht unbedingt einstimmig gefaßt werden müssen. Nichts würde, wie es scheint, gewisse Delegationen zwingen, mit den Abgesandten von Moskau zu verhandeln, wenn die gestellten Bedingungen ihnen unannehmbar erscheinen. Barthou und seine Kollegen werden nicht zugeben, daß Konzessionen in den wichtigsten Grundfragen, die Poincaré in seiner Denkschrift vom Januar festgelegt habe, gemacht werden. Was die Projekte internationaler Abkommen betrifft, so ist man der Ansicht, daß diese Abkommen gegenstandslos sind, da Artikel 10 des Völkerbundsstatuts besteht, den man unter den gegenwärtigen Verhältnissen für ausreichend erachtet.

Rußland und der „kapitalistische“ Völkerbund.

Der Genueser Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ hatte mit Tschitscherin eine Unterredung, in denen der russische Außenkommissar betonte, mit wie lebhafter Genugtuung der Vertrag mit Deutschland begrüßt worden ist. Im Hinblick auf den Versuch, einen Widerruf Deutschlands herbeizuführen, sagte Tschitscherin: Rußland muß es als einen gegen seine Selbständigkeit gerichteten Eingriff betrachten, wenn von gewissen Mächten versucht wird, einen Vertrag zu annullieren oder zu verändern, den Rußland mit einem Dritten abgeschlossen hat. Zur Völkerbundsfrage sagte Tschitscherin: Nur bei einer Konstitutionsänderung des Völkerbundes, der jetzt einer bestimmten Gruppe Privilegien gibt, und bei Gewährung der gleichen Rechte für alle Völker, sowie bei der Schaffung besonderer Arbeitervertretungen im Völkerbund ist für Rußland ein Beitritt möglich.

Das Magdtum Dörte Brüsehavers.

Von Willy Harms.

1]

An einem Nachmittage, als Herr Schmidd schon fortgegangen war und auch Klaus sich zum Fortgehen rüstete, hielt Böning ihn zurück: „Einen Augenblick, — wir haben ja eine Strecke den gleichen Weg.“

Vor dem Gymnasium sagte Böning wie beiläufig: „Wollen Sie mich einmal besuchen? Allerdings wohne ich in Ostorf, aber wenn Sie die halbe Stunde nicht scheuen — —“

Die Frage blieb eine kurze Spanne hängen. Klaus war durch die unvermittelte Einladung etwas verlegen geworden.

„Gern, Herr Böning, ich fürchte nur, daß ich reichlich ungesellig sein werde.“

„Also abgemacht. Stüterufer 137. Meine Frau wird sich freuen. Da kommt schon meine Elektrische. Auf Wiedersehen heute abend!“

Wenn Böning nicht mit einem schnellen Hutlüften zum Halteplatz geeilt wäre, Klaus hätte schwerlich einen Ruf des Staunens verhindern können, — des Staunens darüber, daß dieser Mensch plötzlich verheiratet war. Klaus wunderte sich, daß ihm dieser Gedanke, so selbstverständlich er sein mochte, nie gekommen war. Hingegen mußte er nun schon heute abend. Neugierig war er geworden. — — —

Nach dem Klingeln im ersten Stock eines villenartigen Hauses öffnete ihm eine frische Blondine, die ihn sofort mit freimütigem Handschlag begrüßte. „Legen Sie ab, Herr Rugenkamp, mein Mann ist drinnen.“ Was für schlanke, kühle Hände sie hat, dachte er.

Und ehe Klaus recht zur Besinnung kam, saß er mit auf dem grünen Sofa und beteiligte sich am Bau eines „römischen Stadttores“. Böning und der neunjährige Hans hatten aus den roten und gelben Steinen eines Richterschen Steinbaukastens die untere Hälfte bereits fertiggestellt. Als sei er Stammgast des Hauses, so wurde er sofort mit herangezogen. Die Mutter saß dabei und nähte in die Manchesterhose ihres Jungen einen neuen Boden.

Es wollte mit den Steinen nicht auskommen. Als alles Suchen nichts half, meinte Böning: „Dann müssen wir wohl noch einmal von vorn anfangen.“

Hans sagte halblaut zu dem Vater: „Da brauch ich noch nicht so früh zu Bett!“

„Ja, Bub, Du weißt, mit dem Zapfenstreichblasen hab ich nichts zu tun, das läßt unsere Mutter sich nicht nehmen.“

Hans zupfte an Vaters Arm: „Nicht so laut!“

In Frau Bönings Stimme lag Stolz und Güte. „Eigentlich nicht, aber wenn Ihr das Stadttor nicht fertig kriegt, glaubt Herr Rugenkamp vielleicht, Ihr könnt überhaupt nicht bauen.“

„Vielleicht ist der Riß auch verkehrt,“ meinte Rugenkamp.

Erwartungsvoll sah Hans auf seinen Vater, und als dieser schwieg, konnte er es doch nicht mehr übers Herz bringen: „Du Vater, Herr Rugenkamp meint, der Riß wäre verkehrt.“

Böning lächelte. „Ja, Bub, Herr Rugenkamp kennt unser oberstes Baugesetz noch nicht. Alle Risse sind richtig, alle Fehler liegen am Aufpassen. Wir sind immer gut dabei gefahren, was, Bub?“ Einen ganz neuen Klang hörte Klaus in Bönings Worten.

Der Bub nickte vielwissend.

Er fand auch zuletzt den Fehler. Sie hatten in der ersten Lage statt eines Bogensteines einen Vollstein genommen. Auf diese Entdeckung war er noch stolz, als sein Vater ihm den Gutenachtkuß gab.

Dann gab es zu der Zigarre noch eine Tasse Kaffee. Klaus hatte ein Gefühl des Geborgenseins. Daß sein schweigsamer Chef hier in seiner Häuslichkeit so ganz anders war, daß er wie ein Junge mit seinem Buben gespielt hatte und nun lachte und plauderte, das mußte alles so sein. Der bronzene Gladiator auf dem Schreibtisch, der Kuckuck, der jede Viertelstunde die Zeit ausrief, konnten unmöglich einen Vortrag über Soll und Haben der Firma Wiese und Söhne mit anhören.

Auch Klaus fand bald den Ton, der die Menschen in diesem Raume einander näher brachte, er konnte ohne Ueberwindung — wenigstens in Umrissen — von seinem Schiffbruch erzählen.

„Wenn Sie so ein tapferes Mädel zum Geleit haben, dann sind Sie noch sehr reich, Herr Rugenkamp!“

Wie einen erquickenden Trunk nach langer Wanderung empfand Klaus das Wort Frau Bönings.

Böning mußte an Klingmann denken, der auch zu den Entgleisten gehörte und der doch das Leben zu meistern wußte. Er erzählte Schnurren von ihm, die das Geschäftsfaktotum zu einem stadtbekannten Original gemacht hatten. Die Antwort lag Klaus auf der Zunge: „Herr Böning, muß Klingmann nicht doch ein ganz geistesarmer bedauernswerter Mensch sein, wenn er nicht über seinen Lagerschuppen und über Kleemann hinwegzuschauen vermag? Ich habe fast Mitleid mit ihm, wenn er mir von seinen Bierstubenerlebnissen erzählt.“

Einen Augenblick sah Böning Klaus mit zergliedernder Aufmerksamkeit an, dann wandte er sich an seine Frau: Meinst Du das auch, Mutter?“

Frau Böning ließ die Handarbeit ruhen und schüttelte kaum merklich den Kopf: „Man kann Achtung haben vor diesem Menschen. In seiner Jugend ist er Brauereibesitzer in Rostock gewesen, hat dann — wohl nicht ohne eigene Schuld — sein ganzes Vermögen verloren und — ist nicht verkommen, hat seinen Humor behalten und, was vielleicht noch mehr sagen will, Lust und Kraft zur Arbeit in untergeordneten Verhältnissen. Nicht jeder bringt es fertig...“

Eine Weile war es still in der Stube. Klaus fühlte — ganz instinktmäßig —, daß sich hinter den Worten ein Erleben verbarg. Wie sollte er auch wissen, daß ein Bruder Frau Bönings, dem es ähnlich wie Klingmann ergangen war, der aber nicht dessen geistige Muskelkraft hatte aufbringen können, jetzt hinter Gefängnismauern saß?

Erst nach mehreren Minuten fiel es leise in den Raum: „Es gehört mit zu dem Schwersten, Mutter, was das Schicksal vom Menschen verlangen kann — — —“

Klaus mußte sich erst besinnen, ehe er die Beziehung der Worte Bönings wieder erfaßt hatte.

Wieder war es still. Im Hause Böning kannte man das Gesetz, daß zum Reden auch das Schweigenkönnen gehört.

Es war eine beklommene Stille, sie wob Fäden hinzu zu dem ausgespannten Gedankennetz.

Klaus stand unter dem Eindruck, als seien die beiden Menschen unendlich reich. Es war schier unverständlich, daß Böning plötzlich ein ganzer Wirklichkeitsmensch war, an dem man so gar nichts mehr von dem trockenen Prokuristen entdecken konnte. Wie ein Rätsel war das. Den Menschen, auf den er bisher beinah ein wenig herabgesehen hatte, weil er ganz in seinen Geschäftsfolianten aufzugehen schien, konnte er in dem Hausherrn von heute abend schlechterdings nicht wiederfinden. Fast war es nicht vorstellbar, daß dieser ihm morgen wieder Briefe im trocknen Geschäftsstil diktieren sollte.

„Herr Böning, Sie nehmen mir eine Frage nicht übel?“

Seine Frau antwortete für ihn: „Das würde dann heute das erste Mal sein.“ Klaus sah sie an, ihr voller Blick ruhte auf ihrem Mann.

„Ich bin sechs Jahre auf dem Seminar gewesen. Sechs Jahre hat man mir gesagt, einen höheren Beruf als den Lehrerberuf gäbe es nicht. Ich habe es geglaubt, glaub es auch heute noch. Das ist auch wohl der Grund, weshalb ich im Kontor noch nicht das nötige Gleichgewicht habe finden können. Die Freude am Beruf, die fehlt mir. Ich hoffe, daß ich sie noch finde, besonders nach diesem Abend hoffe ich es.“ Nach einigem Schlucken fuhr er fort: „Um Ihr Geheimnis möcht ich Sie bitten: welches ist der Schlüssel zu Ihrem unermüdlichen Schaffen im Beruf? Vielleicht, daß ich ihn auch einmal finde.“

Fortsetzung folgt.